

POSTEINGANG 08.01.2025

Amtsgericht Bad Urach



Amtsgericht,
[REDACTED]

Gansel Rechtsanwälte
[REDACTED]

Datum: 08.01.2025
Durchwahl: 07125 9437-411
Aktenzeichen: **1 C 111/24**

(Bitte bei

Antwort angeben)

In Sachen

[REDACTED], F. ./I. ŠKODA AUTO a. s.
wg. Schadensersatzes

Ihr Zeichen: [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren Rechtsanwälte,
anliegende Dokumente werden Ihnen elektronisch übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Hermann

Erster Amtsinspektor

— Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch die Justiz nach Artikel 13 und Artikel 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung finden sich auf der Internetseite [REDACTED] Gerichts unter dem Menüpunkt „Service“ / „Informationen zum Datenschutz in der Justiz“. Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen auch an Verfahrensbeteiligte in Papierform.

[REDACTED]
Telefon 07125 9437-0 · Telefax 07125 9437-449 · E-Mail poststelle@agbadurach.justiz.bwl.de ·
Internet www.amtsgericht-bad-urach.de
Sprechzeiten Montag bis Freitag 08:30 - 11:30 Uhr
Montag bis Donnerstag 13:30 - 15:30 Uhr



Amtsgericht Bad Urach

Im Namen [REDACTED] Volkes

Urteil

In dem Rechtsstreit

[REDACTED], [REDACTED], 72574 Bad Urach

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Gansel Rechtsanwälte**, Wallstraße 59, [REDACTED], Gz.: [REDACTED]

gegen

ŠKODA AUTO a. s., vertreten durch die Geschäftsführung, tř. [REDACTED] 869,

[REDACTED], 293 01 [REDACTED] Boleslav, Tschechische Republik

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED], [REDACTED], Gz.: [REDACTED]

wegen Schadensersatzes

hat das Amtsgericht Bad Urach durch den Direktor [REDACTED] Amtsgerichts Dr. [REDACTED] am 05.12.2024 aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 06.11.2024 für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 1.649,50 € nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit 18.05.2024 zu zahlen.

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

2. Von den Kosten ■■■ Rechtsstreits haben die Klägerin 2/3 und die Beklagte 1/3 zu tragen.
3. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % ■■■ jeweils zu vollstreckenden Betrags vorläufig vollstreckbar.

Beschluss

Der Streitwert wird auf 4.948,50 € festgesetzt.

Tatbestand

Die Parteien streiten um Schadensersatz wegen Abschalteinrichtung.

Die Beklagte ist eine Aktiengesellschaft tschechischen Rechts und stellt Kraftfahrzeuge her. Der in ■■■■■ wohnhafte Ehemann der Klägerin erwarb am 15. März 2019 in ■■■■■ für 32.990,-

Euro ein von der Beklagten in den Verkehr gebrachtes Kraftfahrzeug, Skoda Karoq 2.0 tdi 4x4, Laufleistung 17.000 Kilometer. Bis zur mündlichen Verhandlung am 6. November 2024 legte die Klägerin mit dem Fahrzeug 94.965 Kilometer zurück.

Im Fahrzeug ist ein Dieselmotor der Herstellerin Volkswagen mit 2 Litern Hubraum verbaut. Das Kraftfahrt-Bundesamt erteilte am 17. August 2017 für die Baureihe eine Typgenehmigung unter der Nummer e8*2007/46*0272*01. Danach sollte der Motor die Voraussetzungen der Schadstoffklasse „Euro-VI“ erfüllen. Die Beklagte erklärte am 13. Oktober 2017, dass das Fahrzeug ■■■ Ehemanns der Klägerin dieser Genehmigung entspreche (COC-Übereinstimmungsbescheinigung).

Im Motor ■■■ Fahrzeugs werden die bei der Verbrennung ■■■ Treibstoffs entstehenden Gase in einem Katalysator unter Verwendung einer Harnstofflösung einer chemischen Reaktion unterzogen (SCR-Katalysator). Mit dieser Reaktion soll der Anteil insbesondere an Stickoxyden in den Abgasen auf das gesetzlich zulässige Maß reduziert werden. Außerdem werden Abgase zurück in den Motorraum geführt, um sie einer weiteren Verbrennung zu unterziehen. Die Menge ■■■ in den Motorraum zur Nachverbrennung geführten Abgases hängt von der Betriebstemperatur ■■■ SCR-Katalysators ab.

Die Klägerin hatte bereits in der Vergangenheit ein Fahrzeug der Beklagten mit Dieselantrieb erworben. Wegen ■■■ Vorwurfs der Abgasmanipulation einigte sich die Beklagte mit der Klägerin im Wege ■■■ Vergleichs, das Ergebnis ist nicht bekannt.

Am 27. April 2020 trat der Ehemann der Kläger „sämtliche ihm in Bezug auf den Erwerb ■■■ o. g.

Fahrzeugs zustehenden und im Zusammenhang mit dem sog. „VW-Abgasskandal“ stehenden Ansprüche an [die Klägerin] undwiderruflich ab. Umfasst sind hiervon insbesondere Ansprüche aus Gewährleistung und Schadensersatzansprüche aus Deliktsrecht gegenüber dem o. g. Verkäufer bzw. der Volkswagen Automobile GmbH.“

Die Klägerin behauptet, ihr Ehemann habe beim Erwerb ■■■ Fahrzeuges nicht erhalten, was ihm

aufgrund ■■■ Kaufvertrages und der Übereinstimmungsbescheinigung zustünde. Nach der Typgenehmigung dürfe das Fahrzeug nicht über eine Abschaltvorrichtung verfügen, weil diese in der Genehmigung nicht angegeben sei. Tatsächlich werde die Zuführung der Harnstofflösung in den SCR-Katalysator aber gesteuert. Erkenne die Steuerungssoftware, dass das Abgasverhalten ■■■

Fahrzeugs geprüft werde, beispielsweise an der konkreten Fahrkurve, führe sie genug Harnstoff zu, um den Stickoxydausstoß zu senken. Im realen Fahrbetrieb geschehe das nicht, weil der Harnstofftank ■■■ Fahrzeugs zu gering dimensioniert sei.

Der Ehemann der Klägerin habe daher ein minderwertiges Fahrzeug erhalten. Das habe die Beklagte zu verantworten, weil den verantwortlichen Managern hätte bekannt sein müssen, dass das Fahrzeug über eine Abgasnachbehandlung verfügt und daher nicht der Typgenehmigung entspreche. Die Beklagte habe daher die Übereinstimmungserklärung zu Unrecht ausgesprochen und damit gegen ein den Schutz der Klägerin bzw. ihres Ehemanns bezweckendes Gesetz fahrlässig verstoßen. Die Klägerin könne daher einen am Minderwert ■■■ Fahrzeugs orientierten Differenzschaden verlangen. Dieser sei vom Gericht zu schätzen und dürfte bei mindestens 15% ■■■ gezahlten Kaufpreises, vorliegend 4.948,50 Euro, liegen. Außerdem könne die Klägerin vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten in Höhe einer 1,6-Gebühr (484,80 Euro zuzüglich Auslagenpauschale und Umsatzsteuer, brutto insgesamt 600,71 Euro) ersetzt verlangen.

Die Klägerin sei aktiv legitimiert, weil laut Abtretungserklärung „sämtliche Ansprüche“ im Zusammenhang mit dem VW-Abgasskandal abgetreten worden seien und der Fahrzeughersteller für die Übereinstimmungsbescheinigung verantwortlich sei.

Sollte das Gericht den Argumenten der Klägerin aus den Gründen nicht folgen, die das Landgericht Ravensburg zur Vorlage ■■■ Verfahrens an den Europäischen Gerichtshof (C-666/23, C-667/23, C-668/23) bewogen haben, sei das Verfahren auszusetzen.

Die Klägerin beantragt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin einen Entschädigungsbetrag bezüglich ■■■ Fahrzeugs der Marke Skoda Karoq 2.0 TDI 4x4 mit der Fahrzeugidentifikationsnummer 6695632405395523s91 zu zahlen, dessen Höhe in das Ermessen ■■■ Gerichts gestellt wird, der jedoch mindestens EUR 4948,50 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit betragen muss.

2. Die Beklagte wird verurteilt, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 600,71 freizustellen.

Hilfsweise

das Verfahren gemäß § 148 ZPO analog auszusetzen und das Verfahren erst wieder aufzunehmen, nachdem die im Beschluss ■■■■ LG Ravensburg vom 27. Oktober 2023 gestellten Fragen durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH), Az. C-666/23 bis C-668/23 beantwortet worden sind.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Sie behauptet, der Klägerin stünden die geltend gemachten Ansprüche gar nicht zu. Die Abtreuungsvereinbarung erwähne die Beklagte nämlich gar nicht.

Im vorliegenden Fahrzeug sei keine Fahrkurvenerkennung hinterlegt. Das Kraftfahrt-Bundesamt habe für den streitgegenständlichen Fahrzeugtyp bestätigt, dass darin keine unzulässige Abschaltanlage zum Einsatz komme. Es gebe keinen Rückruf.

Tatsächlich verfüge der Motor über zwei Abgasminderungssysteme. Neben dem von der Klägerin beschriebenen SCR-System finde auch noch eine Rückführung der Abgase in den Motorraum zur Nachverbrennung (AGR) statt. Die Motorsteuerungssoftware steuere beide Abgasminderungssysteme (AGR und SCR-System) immer gleich an, unabhängig davon, ob sich das streitgegenständliche Fahrzeug auf dem Prüfstand oder der Straße befinde. Dann werde auch die notwendige Menge Harnstoff zugeführt. Das Zusammenspiel von AGR-System und SCR werde auf dem Prüfstand und im normalen Fahrbetrieb in identischer Weise gesteuert. Sowohl auf dem Prüfstand als auch im realen Straßenbetrieb werde bei Erreichen einer Betriebstemperatur ■■■■ SCR-Katalysators von ca. 200° C von der AGR High-Betriebsart in die AGR-Low-Betriebsart gewechselt.

Vor allem aber sei dem Ehemann der Klägerin kein Schaden entstanden. Die Klägerin könne das Fahrzeug uneingeschränkt nutzen. Der Nutzungsvorteil zehre im vorliegenden Verfahren einen etwaigen Minderwert auf. Der Restwert ■■■■ Fahrzeugs liege bei 17.907,- Euro, die Nutzungen auf

16.006,- Euro (bei einer Laufleistung von 96.328 Kilometern). Das übersteige den Kaufpreis.

Das Gericht ließ die Klage am 17. Mai 2024 zustellen und verhandelte am 5. November 2024. Wegen ■■■■ Gangs der mündlichen Verhandlung verweist das Gericht auf die Niederschrift Bl.

686ff.

Entscheidungsgründe

1.

Das Amtsgericht Bad Urach ist nach § 32 ZPO örtlich zuständig.

Nach § 32 ZPO ist für Klagen aus unerlaubten Handlungen das Gericht zuständig, in dessen Bezirk die Handlung begangen ist.

a) Nach dem im Rahmen der Zuständigkeitsprüfung maßgeblichen Vortrag der Klägerin ist der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung gemäß § 32 ZPO gegeben. Die Klägerin hat eine Haftung der Beklagten aus § 823 Abs. 2 BGB substantiiert dargelegt.

b) Begehungsort der deliktischen Handlung ist dabei sowohl der Handlungs- als auch der Erfolgs-

ort, so dass eine Zuständigkeit wahlweise dort gegeben ist, wo die Verletzungshandlung begangen wurde, oder dort, wo in ein geschütztes Rechtsgut eingegriffen wurde (vgl. BGHZ 132, 105, 110 f., Urteil vom 02. März 2010 – VI ZR 23/09 –, BGHZ 184, 313-323, Rn. 8).

Die in § 32 ZPO geregelte Tatortanknüpfung stellt eine Ausnahme von dem Grundsatz dar, dass die Klage am Gerichtsstand ■■■■ Beklagten zu erheben ist (actor sequitur forum rei, vgl. BGHZ 115, 90, 92). Ihre Rechtfertigung liegt in der durch den Handlungs- oder Erfolgsort begründeten besonderen Beziehung der Streitigkeit zum Forum (vgl. BGH, Urteil vom 3. Mai 1977 - VI ZR 24/75 - NJW 1977, 1590; Urteil vom 02. März 2010 – VI ZR 23/09 –, BGHZ 184, 313-323, Rn. 17; ■■■■-Vollkommer, ZPO-Kommentar, § 32 Rn. 1).

Der Erfolgsort ist dabei auch dort zu sehen, wo die Vermögensbeeinträchtigung beim Geschädigten stattfindet. Dies hat der Bundesgerichtshof jedenfalls zu EuGVVO entschieden (Urteil vom 13. Juli 2010 - XI ZR 28/09 - MDR 2010, 1132) und sich dabei auch auf Erwägungen zu § 32 ZPO ge-

stützt. Für den sittenwidrigen Titelmißbrauch ist ebenfalls der Wohnsitz ■■■■ Schuldners als Erfolgsort in der Rechtsprechung anerkannt (OLG Hamm v. 18.5.1988 - 11 U 287/87, NJW-RR 1989, 305; OLG Frankfurt v. 9.7.1985 - 15 W 49/85, MDR 1986, 146 = WM 1986, 287; OLG Karls-

ruhe v. 15.6.1988 - 14 W 26/88, MDR 1988, 972 = NJW-RR 1988, 1389; OLG Schleswig v.

17.6.1991 - 2 W 115/90, NJW-RR 1991, 1338; OLG Köln, Beschluss vom 17. Januar 2001 – 19 W 3/01 – juris).

Vorliegend hat der Ehemann der Klägerin den - behauptet - nachteiligen Vertrag in [REDACTED] geschlossen, so daß die unmittelbare Schädigung dort eingetreten ist. Der Käufer hat aber ansonsten keinen Bezug zu diesem Ort. Das Fahrzeug nutzt die Klägerin, wie im Kaufvertrag vorausgesetzt, von ihrem Wohnort aus. Am Wohnort befindet sich auch das Vermögen, zumindest kann der Käufer von dort aus auf seine wesentlichen Vermögensbestandteile wie Konten und Wertpapiere zugreifen. Insofern weist der Sachverhalt auch eine enge Beziehung zum Wohnort [REDACTED] Käufers auf, die zur Begründung der örtlichen Zuständigkeit herangezogen werden kann.

2.) Der Antrag ist nach der Rechtsprechung [REDACTED] Bundesgerichtshofs in der gestellten Form zulässig. Im Hinblick auf die dem Gericht bei der Bemessung der Schadenshöhe gemäß § 287 Abs. 1 ZPO zustehenden Freiheiten hat die Klägerin die Höhe [REDACTED] von ihr geforderten Minderwerts in das Ermessen [REDACTED] Gerichts gestellt, zugleich aber einen Mindestbetrag sowie die tatsächlichen Grundlagen für die Schadensschätzung angegeben. Dies genügt den Anforderungen [REDACTED] § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO (BGH, Urteil vom 06. Juli 2021 – VI ZR 40/20 –, Rn. 10, VersR 2021, 1388).

II.

Die Klage ist zum Teil begründet.

1.) Die Klägerin ist Inhaberin [REDACTED] behaupteten Anspruchs.

Die Klägerin ist nicht Käuferin [REDACTED] Fahrzeugs und nach ihrem eigenen Vortrag auch nicht [REDACTED]-sen Eigentümerin. Weder aus dem Kaufvertrag noch aus dem Eigentum können ihr daher Ansprüche zustehen.

Die Klägerin ist aber im Wege der Abtretung gemäß § 398 BGB Inhaberin [REDACTED] Anspruchs geworden.

Nach § 398 BGB kann eine Forderung von dem Gläubiger durch Vertrag mit einem anderen auf diesen übertragen werden. Mit dem Abschluss [REDACTED] Vertrags tritt der neue Gläubiger an die Stelle [REDACTED] bisherigen Gläubigers.

Die Wirkungen eines solchen Abtretungsvertrags erstrecken sich jedoch notwendig auf den

Schuldner der abgetretenen Forderung. Es kann deswegen nicht genügen, dass sich aufgrund

■■■■ Vertrags nur im Verhältnis zwischen Zedenten und Abtretungsempfänger ermitteln lässt, wer von ihnen wie viel vom Schuldner fordern kann. Vielmehr muss auch der Schuldner, mindestens in gewissen Grenzen, aus dem Abtretungsvertrag oder sonstigen ihm erkennbaren Umständen entnehmen können, wie eine nur teilweise abgetretene Forderung sich auf den Zedenten und Abtretungsempfänger aufteilt und wie viel er deshalb an jeden von beiden zu leisten hat (BGH, Urteil vom 22. September 1965 - VIII ZR 265/63, JZ 1965, 722; vom 12. Oktober 1999 - XI ZR 24/99, ZIP 1999, 2058, 2059 f; OLG Dresden, NJW-RR 1997, 1070, 1071; BGH, Urteil vom 11. Mai 2017 – IX ZR 238/15 –, Rn. 30, MDR 2017, 987 zur Höhe). Ein Abtretungsvertrag, der in dieser Weise den Schuldner der abgetretenen Forderung über die Höhe der Abtretung im unklaren lässt, erfüllt nicht die Voraussetzungen, die im Interesse ■■■■ Schuldners an die Bestimmtheit der Forderungsabtretung gestellt werden müssen (BGH, Urteil vom 22. September 1965 – VIII ZR 265/63 –, Rn. 7, juris).

Gemessen an diesen Maßstäben genügt die Abtretungserklärung. Zwar sind in der Abtretungserklärung keine Ansprüche gegen die Beklagte benannt, sondern nur gegen das Mutterunternehmen. Aus dem weiteren Kontext der Erklärung wird jedoch deutlich, dass auch der Anspruch gegen die Beklagte als Herstellerin erfasst ist. Die Abtretung bezieht sich auf alle Ansprüche „im Zusammenhang mit dem sog. „VW-Abgasskandal“. Auch der vorliegende Anspruch hat seine Grundlage genau im Abgasverhalten ■■■■ Fahrzeugs. Die Beklagte ist eine 100%ige Tochter

■■■■ VW-Konzerns. Unter diesen Umständen muss die Abtretungserklärung dahin verstanden werden, dass sie auch den geltend gemachten Anspruch umfasst. Schutzwürdige Interessen der Beklagten stehen dem nicht entgegen. Die Beklagte ist nicht etwa über die Höhe der abgetretenen Forderung im Unklaren, wie es bei Sicherungsabtretungen der Fall sein mag.

2 .)

Nach der neueren, mit Blick auf das Urteil ■■■■ Gerichtshofs der Europäischen Union vom 21. März 2023 (C-100/21, NJW 2023, 1111) ergangenen Rechtsprechung ■■■■ Bundesgerichtshofs kommt ein Schadensersatzanspruch der Klägerin gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 der Verordnung über die EG-Genehmigung für Kraftfahrzeuge und ihre Anhän-

ger sowie für Systeme, Bauteile und selbstständige technische Einheiten für diese Fahrzeuge (EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung - EG-FGV) und die Verordnung Nr. 715/2007 ■■■■ Europäischen Parlaments und ■■■■ Rates vom 20. Juni 2007 über die Typgenehmigung von

Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für

Fahrzeuge als Schutzgesetze gegen die Beklagte als Fahrzeugherstellerin in Betracht (BGH, Urteile vom 19. Oktober 2023 – III ZR 221/20 –, MDR 2024, 366; vom 20. Juli 2023 - III ZR 303/20 ju-

ris Rn. 17 und III ZR 267/20 juris Rn. 22; Urteile vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21 - BGHZ 237, 245; VIa ZR 533/21, NJW 2023, 2270 Rn. 31 und VIa ZR 1031/22, juris Rn. 24).

a)

Der Bundesgerichtshof hat am 26. Juni 2023 entschieden, dass von § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV nach der gebotenen unionsrechtlichen Lesart das Interesse ■■■ Käufers geschützt ist, durch den Abschluss eines Kaufvertrags über ein Kraftfahrzeug nicht wegen eines Verstoßes ■■■ Fahrzeugherstellers gegen das europäische Abgasrecht eine Vermögenseinbuße im Sinne der Differenzhypothese zu erleiden (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023

-

VIa ZR 335/21 aaO Rn. 28 ff). Der Gerichtshof der Europäischen Union hat in seinem Urteil vom 21. März 2023 (aaO) Art. 3 Nr. 36, Art. 18 Abs. 1, Art. 26 Abs. 1 und Art. 46 der Richtlinie 2007/46/EG im Sinne ■■■ Schutzes auch der individuellen Interessen ■■■ Käufers eines mit einer

unzulässigen Abschalteinrichtung im Sinne von Art. 5 Abs. 2 Satz 1 VO (EG) Nr. 715/2007 ausgestatteten Kraftfahrzeugs gegenüber dem Fahrzeughersteller ausgelegt. Den Schutz der individuellen Interessen ■■■ Fahrzeugkäufer im Verhältnis zum Hersteller hat er dabei aus der in Art. 26 Abs. 1 der Richtlinie 2007/46/EG vorgesehenen Beifügung einer Übereinstimmungsbescheinigung für die Zulassung, den Verkauf oder die Inbetriebnahme ■■■ Fahrzeugs abgeleitet (BGH, Ur-

teil vom 20. Juli 2023 - III ZR 267/20; Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21 - BGHZ 237, 245 unter Hinweis auf EuGH aaO Rn. 79-82, 85, 88). Der Gerichtshof der Europäischen Union hat das auf der Übereinstimmungsbescheinigung beruhende und unionsrechtlich geschützte Vertrauen ■■■ Käufers mit dessen Kaufentscheidung verknüpft und dem Unionsrecht auf diesem Weg einen von einer vertraglichen Sonderverbindung unabhängigen Anspruch ■■■ Fahrzeugkäufer gegen den Fahrzeughersteller auf Schadensersatz „wegen ■■■ Erwerbs“ eines mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung ausgestatteten Fahrzeugs entnommen. Das trägt dem engen tatsächlichen Zusammenhang zwischen dem Vertrauen ■■■ Käufers auf die Ordnungsmäßigkeit ■■■ erworbenen Kraftfahrzeugs einerseits und der Kaufentscheidung andererseits Rechnung. Dieser Zusammenhang wiederum liegt der Rechtsprechung ■■■ Bundesgerichtshofs zu dem Erfahrungssatz zugrunde, dass ein Käufer, der ein Fahrzeug zur eigenen Nutzung erwirbt, in

Kenntnis der Gefahr einer Betriebsbeschränkung oder -untersagung von dem Erwerb ■■■ Fahrzeugs abgesehen hätte. Dementsprechend kann der vom Gerichtshof geforderte Schutz ■■■ Käufervertrauens im Verhältnis zum Fahrzeughersteller, sollen Wertungswidersprüche vermie-

den werden, nur unter Einbeziehung auch der Kaufentscheidung gewährleistet werden (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21 - BGHZ 237, 245 unter Hinweis u.a. auf BGH, Urteil vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19 - BGHZ 225, 316).

Nach den unionsrechtlichen Vorgaben - Gewährung eines effektiven und verhältnismäßigen Schadensersatzes im Fall enttäuschten Käufervertrauens - kommt es nicht darauf an, ob der Verordnungsgeber einen deliktischen Schadensersatzanspruch schaffen wollte. Der Wortlaut von §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV steht einem unionsrechtlich fundierten Verständnis als Schutzgesetz, deren sachlicher Schutzbereich den Differenzschaden bei Abschluss ■■■ Kaufvertrags umfasst, nicht entgegen (BGH, Urteil vom 20. Juli 2023 - III ZR 267/20, aaO Rn. 23; BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21 aaO Rn. 32). Es entspricht ständiger auf Art. 2 EGBGB gründender höchstrichterlicher Rechtsprechung, dass ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz neben dem Gesetz im formellen Sinn jede sonstige Norm ■■■ objektiven Rechts sein kann, sofern darin nur - wie auch hier - ein bestimmtes Gebot oder Verbot ausgesprochen wird (BGH, Urteil vom 20. Juli 2023 - III ZR 267/20 aaO; BGH, Urteile vom 26. Juni 2023 - VIa ZR 335/21 aaO Rn. 32 und vom 25. Januar 1977 - VI ZR 29/75, NJW 1977, 1147, 1148 mwN). Gleiches gilt auch für die Ermächtigungsgrundlage im Sinne ■■■ Art. 80 Abs. 1 Satz 1 GG für den Er-

lass der EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung (§ 6 StVG in der Fassung vom 5. März 2003, BGBl. I, 310 - BGH, Urteil vom 19. Oktober 2023 - III ZR 221/20 -, MDR 2024, 366).

b)

Die Übereinstimmungsbescheinigung ist unrichtig, wenn das betreffende Kraftfahrzeug mit einer gemäß Art. 5 Abs. 2 Satz 1 VO (EG) Nr. 715/2007 unzulässigen Abschaltvorrichtung ausgerüstet ist. Die Bescheinigung weist dann eine tatsächlich nicht gegebene Übereinstimmung ■■■ konkre-

ten Fahrzeugs mit Art. 5 Abs. 2 EG-FGV auf, weshalb sie unrichtig ist. Auf den Inhalt der zugrunde liegenden EG-Typgenehmigung kommt es dabei nicht an (BGH, Urteil vom 20. Juli 2023 - III ZR

267/20 aaO Rn. 26; VIa ZR 335/21 - BGHZ 237, 245). Deshalb ist der Vortrag der Beklagten in ob-

jektiver Hinsicht zur Typgenehmigung und zur Einschätzung ■■■ Kraftfahrt-Bundesamtes unerheblich.

Ausreichend ist, dass die Bescheinigung in einem solchen Fall eine tatsächlich nicht gegebene Übereinstimmung ■■■ konkreten Kraftfahrzeugs mit Art. 5 Abs. 2 VO (EG) Nr. 715/2007 ausweist.

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat das Vorliegen einer unzutreffenden Übereinstimmungsbescheinigung ausschließlich vom Vorliegen der Voraussetzungen ■■■ Art. 5 Abs. 2

Satz 1 VO (EG) Nr. 715/2007 abhängig gemacht und ist nicht näher auf den Inhalt der EG-Typgenehmigung sowie die dafür maßgebende Beschreibung ■■■■ genehmigten Fahrzeugtyps eingegangen. Die Übereinstimmungsbescheinigung weist danach gemäß der verbindlichen Auslegung ■■■■ Unionsrechts durch den Gerichtshof der Europäischen Union nicht nur die Übereinstimmung ■■■■ konkreten Kraftfahrzeugs mit dem genehmigten Typ aus, sondern auch seine Übereinstimmung mit allen Rechtsakten, also auch mit Art. 5 Abs. 2 Satz 1 VO (EG) Nr. 715/2007. Die Übereinstimmungsbescheinigung verweist nach ihrem gesetzlichen Inhalt auch auf materielle Voraussetzungen, die im Falle einer unzulässigen Abschaltvorrichtung nicht vorliegen (BGH, II ZR 267/20

und VIa ZR 335/21 a. a. O.).

Da die Abgasnachverbrennungsanlage bei Erreichen einer gewissen Betriebstemperatur ■■■■ SCR-Katalysators von einem hohen zu einem niedrigeren Verbrennungsgrad wechselt, liegt eine Abschaltvorrichtung im Sinne ■■■■ Art. 5 der VO (EG) Nr. 715/2007 vor. Die Beklagte erklärt selbst, dass die Abgasrückführungsrate von einer hohen Rate (AGR-high) in eine niedrigere Rate (AGR-low) wechselt. Damit ist der Tatbestand einer Abschaltvorrichtung eingestanden: durch die Motorsteuerung werden weniger Abgase verbrannt.

Die Beklagte kann sich zur Überzeugung ■■■■ Gerichts nicht auf die Ausnahme ■■■■ Art. 5 Abs. 2

Satz 2 der Verordnung 715/2007 berufen. Danach ist eine Abschaltvorrichtung zulässig, wenn die Einrichtung notwendig ist, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu schützen und um den sicheren Betrieb ■■■■ Fahrzeugs zu gewährleisten. Ein Hersteller darf aber Emissionskontrollsysteme nicht so konstruieren, dass ihre Bauteile regelmäßiger Abschaltvorrichtungen bedürfen, um störungsfrei zu funktionieren (OLG Karlsruhe, Urteil vom 15. September 2023 – 8 U 383/21 –, NJW-RR 2024, 155 juris Rn. 53f.; Urteil vom 30. April 2024 – 8 U 377/22 –, Rn. 20, juris). Die Beklagte beruft sich darauf, dass die Abgasrückführung nicht mehr erforderlich sei, um die Richtliniengrenzwerte einzuhalten, wenn der SCR-Katalysator seine Betriebstemperatur erreicht habe. Dieses Argument rechtfertigt jedoch nicht, die Abgasrückführung zu stoppen. Das Gericht erkennt nicht, weshalb der Motor vor einer Beschädigung durch das Abschalten der Abgasverbrennung geschützt werden muss, nur wenn der SCR-Katalysator seine Betriebstemperatur erreicht hat. Dies wird auch nicht schlüssig dargelegt.

c)

Zur Erwerbskausalität kann sich die Klägerin bei der Inanspruchnahme der Beklagten nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV auf den Erfahrungssatz stützen,

dass sie den Kaufvertrag zu diesem Kaufpreis nicht geschlossen hätte (vgl. zum "kleinen" Schadensersatz BGH, Urteil vom 6. Juli 2021 - VI ZR 40/20, BGHZ 230, 224 Rn. 21). Die Beklagte hat keine Anhaltspunkte vorgetragen, die im konkreten Fall rechtfertigen würden, hiervon abzuweichen.

d)

Eine Schadensersatzhaftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV setzt ein Verschulden ■■■ in Anspruch genommenen Fahrzeugherstellers voraus. Für eine Schadensersatzpflicht nach § 823 Abs. 2 BGB genügt der fahrlässige Verstoß gegen die EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung im Sinne ■■■ objektiven Fahrlässigkeitsmaßstabs ■■■ Bürgerlichen Gesetzbuchs BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 – VIa ZR 335/21 –, BGHZ 237, 245-280,

Rn. 38). Zwar trifft hinsichtlich ■■■ Verschuldens als anspruchsbegründender Voraussetzung gemäß § 823 Abs. 2 BGB gewöhnlich den Anspruchsteller die Darlegungs- und Beweislast (BGH, Urteil vom 13. Dezember 1984 - III ZR 20/83, NJW 1985, 1774, 1775 mwN). Jedoch muss derjenige, der objektiv ein Schutzgesetz verletzt hat, Umstände darlegen und erforderlichenfalls beweisen, die geeignet sind, die daraus folgende Annahme seines Verschuldens in Form einer Fahrlässigkeit auszuräumen. Insofern besteht eine von der objektiven Schutzgesetzverletzung ausgehende Verschuldensvermutung (BGH, Urteil vom 3. Mai 2016 - II ZR 311/14, NJW 2017, 886 Rn. 16; vgl. auch BGH, Urteil vom 21. Dezember 1955 - VI ZR 280/54, VersR 1956, 190, 191; Urteil vom 27. Januar 1959 - VI ZR 30/58, VersR 1959, 277, 278; Urteil vom 4. April 1967 - VI ZR 98/65,

VersR 1967, 685; Urteil vom 12. März 1968 - VI ZR 178/66, NJW 1968, 1279, 1281; Urteil vom 26.

November 1968 - VI ZR 212/66, BGHZ 51, 91, 103 f.; Urteil vom 13. Dezember 1984, aaO; Urteil vom 19. November 1991 - VI ZR 171/91, BGHZ 116, 104, 114 f.; Urteil vom 28. März 2006 - VI ZR

46/05, NJW 2006, 1589 Rn. 22). Dementsprechend muss der Fahrzeughersteller, wenn er eine Übereinstimmungsbescheinigung trotz der Verwendung einer unzulässigen Abschalteneinrichtung ausgegeben und dadurch § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV verletzt hat, Umstände darlegen und beweisen, die sein Verhalten ausnahmsweise nicht als fahrlässig erscheinen lassen (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 – VIa ZR 335/21 –, BGHZ 237, 245-280, Rn. 59).

Diesen Entlastungsbeweis hat die Beklagte nicht geführt. Dies würde nämlich voraussetzen, dass die Beklagte darlegt, wer im Konzern die Entscheidung getroffen hat, den Motor zu konstru-

ieren oder einzusetzen und sich dabei mit der Motortechnik auseinander gesetzt hat. Die Beklagte ist eine juristische Gesellschaft, die durch ihre in den Organen bestellten Vertreter handelt und

Entscheidungen trifft. Auf diese Entscheidungsträger beruft sich die Beklagte aber nicht. Sie stellt nur allgemeine Erwägungen an, die aber keinen Rückschluss auf die persönliche Meinung der Entscheidungsträger zulassen

3.)

Der Klägerin ist auch ein Schaden entstanden.

Bei der Ermittlung der gemäß § 287 Abs. 1 ZPO festzustellenden Höhe ■■■ Differenzschadens gilt nach BGHZ 237, 245 Folgendes:

a) Nach § 287 Abs. 1 Satz 1 ZPO hat der Tatrichter die Höhe ■■■ Schadens unter Würdigung al-

ler Umstände nach freier Überzeugung zu schätzen. Mit der Einräumung der Befugnis der Schadensschätzung nimmt das Gesetz in Kauf, dass das Ergebnis der Schätzung die Wirklichkeit nicht vollständig abbildet, solange sie nur möglichst nahe an diese heranführt. Dabei unterliegt die Schadensschätzung, die der Tatrichter nach freiem Ermessen vorzunehmen hat, nur einer beschränkten Nachprüfung durch das Revisionsgericht. Revisionsrechtlich überprüfbar ist lediglich, ob der Tatrichter Rechtsgrundsätze der Schadensbemessung verkannt, wesentliche Bemessungsfaktoren außer Acht gelassen oder seiner Schätzung unrichtige Maßstäbe zugrunde gelegt hat. Der Tatrichter muss bei der Ausübung seines Ermessens alle wesentlichen Gesichtspunkte, die Erfahrungssätze und die Denkgesetze beachtet haben (BGH, Urteil vom 10. Juli 1984 - VI ZR 262/82, BGHZ 92, 85, 86 f.; Urteil vom 18. Februar 1993 - III ZR 23/92, NJW-RR 1993, 795 f. mwN).

b) Die Schätzung ■■■ Differenzschadens unterliegt in den Fällen ■■■ Vertrauens eines Käufers auf die Richtigkeit der Übereinstimmungsbescheinigung bei Erwerb eines mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung versehenen Kraftfahrzeugs unionsrechtlichen Vorgaben. Denn der Gerichtshof hat festgehalten, dass die vorzusehenden Sanktionen nach Art. 46 der Richtlinie 2007/46/EG und Art. 13 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen und dass nationale Vorschriften dem Käufer die Erlangung eines angemessenen Schadensersatzes nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren dürfen (EuGH, Urteil vom 21. März 2023 - C-100/21, NJW 2023, 1111 Rn. 90 und 93). Daraus ergeben sich Vorgaben ■■■ Unionsrechts für die Anwendung ■■■ nationalen Rechts sowohl in Bezug auf

die Untergrenze als auch auf die Obergrenze ■■■ nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV zu gewährenden Schadensersatzes, die das Schätzungsermessen

c) innerhalb einer Bandbreite zwischen 5% und 15% ■■■■ gezahlten Kaufpreises rechtlich begrenzen.

Der geschätzte Schaden kann aus Gründen unionsrechtlicher Effektivität nicht geringer sein als 5% ■■■■ gezahlten Kaufpreises. Anderenfalls wäre die Sanktionierung eines auch bloß fahrlässigen Verstoßes gegen Art. 5 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 im Hinblick auf die Förderung der unionsrechtlichen Ziele wegen ihrer Geringfügigkeit nicht hinreichend wirksam. Die Schadensschätzung muss zu einer auch der Höhe nach für den Fahrzeughersteller fühlbaren Sanktion führen. Fühlbar in diesem Sinne ist die Sanktion allerdings nicht erst dann, wenn der zu-erkannte Schadensersatz für sich betrachtet geeignet ist, eine Verhaltensänderung zu bewirken. Das wäre mit Blick auf den Umfang der Geschäftstätigkeit der Hersteller einerseits und den in einem einzelnen Fall maximal in Frage kommenden Schadensbetrag andererseits kaum zu erreichen. Vielmehr genügt es, wenn einerseits jede Sanktion für sich betrachtet gemessen an dem mit dem Rechtsgeschäft verbundenen Ertrag ■■■■ Herstellers mit einer nicht ganz unerheblichen Einbuße verbunden ist und andererseits die Sanktionen wegen einer Vielzahl von Rechtsverstößen in ihrer Gesamtheit eine Verhaltensänderung im Sinne der Einhaltung aller Rechtsakte bewirken können. Das ist bei einer unteren Bemessungsgrenze ■■■■ Schadensersatzes auf 5% ■■■■ gezahlten Kaufpreises der Fall.

Ein allein nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV und nicht auch nach §§ 826, 31 BGB geschuldeter Schadensersatz kann umgekehrt aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nicht höher sein als 15% ■■■■ gezahlten Kaufpreises. Die Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV umfasst Fälle objektiv vergleichsweise geringfügiger Rechtsverstöße, die der Gesetzgeber lediglich als Ordnungswidrigkeit eingeordnet hat. Hinzu kommt, dass die Haftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV den Fahrzeughersteller bezogen auf ein einzelnes Kraftfahrzeug im Falle der mehrfachen Veräußerung mehrfach trifft, so dass ein Kumulierungseffekt eintreten kann. Denn die Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB trifft den Fahrzeughersteller auch in anderen Fällen als denjenigen einer sittenwidrigen vorsätzlichen Schädigung nicht nur im Verhältnis zum Neuwagenkäufer, sondern im Verhältnis zu jedem späteren Käufer ■■■■ Kraftfahrzeugs als Gebrauchtwagen.

d) Bei der Schätzung ■■■■ Schadens innerhalb eines Rahmens zwischen 5% und 15% hat der Tatrichter bei der Bestimmung ■■■■ objektiven Werts ■■■■ Fahrzeugs im Zeitpunkt ■■■■ Vertrags-

schlusses die mit der Verwendung einer unzulässigen Abschaltvorrichtung verbundenen Nachteile, insbesondere das Risiko behördlicher Anordnungen, zu berücksichtigen (vgl. BGH, Urteil vom

e) 6. Juli 2021 - VI ZR 40/20, BGHZ 230, 224 Rn. 24). Weiter hat er den Umfang in Betracht kom-

mender Betriebsbeschränkungen und die Eintrittswahrscheinlichkeit solcher Beschränkungen mit Rücksicht auf die Einzelfallumstände in den Blick zu nehmen. Maßgebend ist dabei eine auf den Zeitpunkt ■■■ Vertragsschlusses bezogene Betrachtung.

Über diese originär schadensrechtlichen Gesichtspunkte hinaus hat der Tatrichter das Gewicht ■■■ der Haftung zugrundeliegenden konkreten Rechtsverstoßes für das unionsrechtliche Ziel der Einhaltung gewisser Emissionsgrenzwerte sowie den Grad ■■■ Verschuldens nach Maßgabe der

Umstände ■■■ zu beurteilenden Einzelfalls zu bewerten, um so dem Gebot einer verhältnismäßigen Sanktionierung auch bezogen auf den zu würdigenden Einzelfall Rechnung zu tragen.

Zur Einholung eines Sachverständigengutachtens ist der Tatrichter bei seiner Schätzung innerhalb ■■■ genannten Rahmens nicht gehalten (vgl. BGH, Urteil vom 23. März 2021 - VI ZR 3/20, NJW-RR 2021, 1534 Rn. 11; Urteil vom 27. April 2021 - VI ZR 812/20, NJW-RR 2021, 1388 Rn. 18).

f) Für die Schätzung ■■■ Tatrichters ist Vortrag der Parteien dazu ohne Relevanz, die Verkaufs-

preise von Kraftfahrzeugen der betroffenen Baureihen seien entweder tatsächlich nicht mit Rücksicht auf die Verwendung unzulässiger Abschaltseinrichtungen gesunken oder der Schaden belaufe sich im konkreten Fall auf weniger als 5% oder mehr als 15% ■■■ gezahlten Kaufpreises. Entsprechende Behauptungen sind, weil die Grundsätze der Effektivität auf der einen und der Verhältnismäßigkeit auf der anderen Seite den Ausgleich eines Differenzschadens aus Rechtsgründen begrenzen, unerheblich und können eine Beweisaufnahme durch Einholung eines Sachverständigengutachtens nicht rechtfertigen.

g) Dass für die Schätzung ■■■ Differenzschadens auf den Zeitpunkt ■■■ Vertragsschlusses ab-

zustellen ist, schließt eine schadensmindernde Berücksichtigung später eintretender Umstände im Wege der Vorteilsausgleichung, deren Voraussetzungen der Fahrzeughersteller darzulegen und zu beweisen hat, allerdings nicht aus. Insofern gelten die in der höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelten Maßstäbe zum „kleinen“ Schadensersatz nach § 826 BGB sinngemäß (vgl. BGH, Urteil vom 6. Juli 2021 - VI ZR 40/20, BGHZ 230, 224 Rn. 23 f.; Urteil vom 24. Januar 2022 - VIa ZR 100/21, NJW-RR 2022, 1033 Rn. 17). Nutzungsvorteile und der Restwert ■■■ Fahr-

zeugs sind erst dann und nur insoweit schadensmindernd anzurechnen, als sie den Wert ■■■ Fahrzeugs bei Abschluss ■■■ Kaufvertrags (gezahlter Kaufpreis abzüglich Differenzschaden) übersteigen (vgl. BGH, Urteil vom 24. Januar 2022, aaO, Rn. 22). Die Vorteilsausgleichung kann

der Gewährung auch eines Schadensersatzes aus § 823 Abs. 2 BGB entgegenstehen, wenn der

h) Differenzschaden vollständig ausgeglichen ist (BGH, Urteil vom 26. Juni 2023 – VIa ZR 335/21 –, BGHZ 237, 245-280, Rn. 71 - 80).

i) Gemessen an diesen Maßstäben ist entspricht ein Betrag von 1.649,50 Euro dem eingetretenen Schaden.

Der Kaufpreis betrug im Jahr 2019 32.990,- Euro. Der vom BGH vorgegebene Korridor liegt daher zwischen 1.649,50 und 4.948,50 Euro.

Innerhalb der vom BGH vorgegebenen Spanne entscheidet sich das Gericht für den untersten Wert. Die Klägerin hat keine tatsächlichen fühlbaren Beeinträchtigungen in der Fahrzeugnutzung dargelegt. Sie konnte das Fahrzeug für ihre bisherigen Fahrten uneingeschränkt nutzen. Auch der Bundesgerichtshof hat den Rechtsverstoß gegen § 6 EG-FGV als „gering“ eingestuft. Aus den zahlreichen Gerichtsentscheidungen ist bekannt, daß nicht nur die Beklagte, sondern mehrere Fahrzeughersteller vergleichbare Techniken angewendet haben. Die Zulassungsbehörden sind nicht oder allenfalls behutsam eingeschritten. Es ist nicht zu erkennen, daß Fahrzeugen der Beklagten tatsächlich einmal die Stilllegung gedroht hat oder in naher Zukunft drohen würde. Aus dem Vorgehen der Behörden kann das Gericht nur auf eine geringfügige Rechtsverletzung schließen, die auch nur einen geringen Schadensbetrag rechtfertigt.

Im vorliegenden Fall kommt hinzu, dass die Klägerin vorgewarnt war. Sie hat bereits vor dem Erwerb dieses Fahrzeuges ein Fahrzeug der Beklagten mit einer Abschaltvorrichtung erworben. Obwohl der Klägerin also bekannt war, dass Dieselfahrzeuge dreckig sind und die Umwelt verpesten, hat sie sich gleichwohl wieder für so ein Fahrzeug entschieden. Eine über den Mindestschaden hinausgehende Einbuße erkennt das Gericht im konkreten Fall daher nicht.

Nutzungen muss sich die Klägerin nicht anrechnen lassen. Selbst bei einer für die Beklagte günstigen Annahme einer Motorlaufleistung von (nur) 250.000 Kilometern würden die Nutzungen nach der letzten mündlichen Verhandlung $32.990 \times 94965 / 233000 = 13.445,90$ Euro betragen, der Restwert nach den für die Beklagte günstigen Angaben 17.907,- Euro. Die Summe von 31.352,90 Euro erreicht den Kaufpreis nicht, so daß nach der BGH-Rechtsprechung ein Abzug nicht vorzunehmen ist.

Eine Aussetzung [REDACTED] Verfahrens ist nicht angezeigt. Aus dem Antrag vom 30. Oktober 2024 nebst Anlage K 7 ist schlicht nicht ersichtlich, zu welchen Rechtsfragen ein Verfahren vor dem

EuGH anhängig sein soll und ob diese den vorliegenden Rechtsstreit tangieren.

6.)

Der Zinsanspruch beruht auf §§ 291, 187 Abs. 1 BGB, 253, 261 ZPO. Die Klage wurde am 17. Mai 2024 zugestellt.

7.)

Der Freistellungsanspruch ist nicht begründet.

Als Grundlage für einen Anspruch auf Ersatz der Rechtsverfolgungskosten kommt § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV nicht in Betracht. Denn das Interesse keinen Vermögensnachteil in Form von Rechtsverfolgungskosten zu erleiden wird von den § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV nicht geschützt (BGH, Urteil vom 16.10.2023 - VIa ZR 14/22, juris Rn. 10, 13), so dass es an dem für eine Haftung erforderlichen Schutzzweckzusammenhang - welcher voraussetzt, dass der geltend gemachte Schaden durch die verletzte Norm verhütet werden sollte (etwa: BGH, vom 07.07.2015 – VI ZR 372/14, juris Rn. 26 mwN; OLG Stuttgart, Urteil vom 14. November 2024 – 24 U 424/22 –, Rn. 87, juris) - fehlt.

Im übrigen hätte ein wirtschaftlich denkender Geschädigter, der gerade einen Vergleich mit der Beklagten wegen eines Dieselfahrzeugs abschließt, das zu diesem Zeitpunkt frisch erworbene Fahrzeug in diesen Vergleich mit einbezogen und nicht erneut einen Rechtsanwalt beauftragt.

III.

1.)

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 ZPO.

Gibt der Kläger für den Schadensbetrag eine Größenordnung vor, obsiegt er, wenn der Schadensbetrag die Mindestgröße erreicht.

Da die Klägerin aber „mindestens“ 4.948,50 Euro fordert und lediglich 1.945,- Euro zugesprochen

Erledigung ■■■ Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung ■■■ Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle ■■■ genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Rechtsbehelfe können auch als elektronisches Dokument eingelegt werden. Eine Einlegung per E-Mail ist nicht zulässig. Wie Sie bei Gericht elektronisch einreichen können, wird auf www.ejustice-bw.de beschrieben.

Schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen, die durch einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person ■■■ öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zu Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind als elektronisches Dokument zu übermitteln. Ist dies aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Dr. ■■■
Direktor ■■■ Amtsgerichts

☐ Verkündet am 05.12.2024

Hermann
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle